

SOLIDARITÄT

Ausgabe Nummer 990, Jänner 2021

www.oegb.at    

NEUES JAHR, NEUES GLÜCK

Was jetzt auf uns zukommt
und was es braucht, damit
2021 ein besseres Jahr wird



WER ZAHLT DIE KRISE?

ÖGB-Präsident Wolfgang
Katzian im Interview

SEITE 10

ÖGB RECHTSTIPP: GEKÜNDIGT?

Was ArbeitnehmerInnen bei
Kündigungen wissen sollten

SEITE 14

BESSER MIT BETRIEBSRAT

Neue Studie belegt Vorteile
von Betriebsräten

SEITE 21



VOR 11 JAHREN IN DER SOLIDARITÄT

Schon während der Wirtschaftskrise 2008/2009 retteten die von den Sozialpartnern ausverhandelten Kurzarbeitsregelungen Tausende Arbeitsplätze. Das erfolgreiche Konzept wurde während der Corona-Pandemie noch einmal verbessert, den besonderen Gegebenheiten angepasst und damit zum Garanten für den Erhalt von Hunderttausenden Jobs. ■

EISHOCKEYSPIELER ORGANISIEREN SICH

Die Vereinigung der Fußballer (VdF) hat vor mehr als 30 Jahren den Grundstein gelegt, jetzt stellt sich Österreichs Sport unter dem Dach der younion – Die Daseinsgewerkschaft immer breiter auf.

Jüngster Neuzugang: die EishockeyspielerInnen. „Ein wichtiger Schritt, dessen wahre Bedeutung man noch gar nicht abschätzen kann“, so Sascha Tomanek, der die EishockeyspielerInnen Union als Vorsitzender gemeinsam mit Ex-Black-Wings-Kapitän Philipp Lukas und Patrick Harand gegründet hat. Schon im Frühjahr organisierten sich Österreichs BasketballerInnen gewerkschaftlich. „Wir können unsere Stimmen vereinen und gemeinsam für unsere Rechte eintreten“, erklärte „die BasketballerInnen Vereinigung“-Vorsitzender Moritz Lanegger. ■

65.000 JUGENDLICHE OHNE JOB

Corona betrifft auch junge ArbeitnehmerInnen: Zu Jahresende waren fast 65.000 Jugendliche unter 25 Jahren ohne Beschäftigung. Für die Betroffenen heißt das, keine Perspektive zu haben, oft ist sozialer Abstieg die Folge.

„Jugendarbeitslosigkeit ist wie ein Virus, wenn sie nicht frühzeitig bekämpft wird“, warnt Susanne Hofer, Vorsitzende der Österreichischen Gewerkschaftsjugend (ÖGJ). Es braucht mehr als PR-Gags wie die „Taskforce für Jugendbeschäftigung“, die in einem Jahr nur vier kurze Treffen absolviert hat.

Ein finanzstarkes Maßnahmenpaket muss her! Wer jetzt keine Lehrstellen schafft, der hat später keine Fachkräfte. ■

GUT GEBRÜLLT / UNS-ZUGEMÜLLT

„Wir machen uns für die stark, die arbeiten gehen müssen oder zwischen Homeoffice, Homeschooling und Home-was-weiß-ich untergehen. Und auch für alle, die ihre Arbeit verlieren, damit sie nicht in Armut abgleiten, sondern eine Perspektive haben.“

**WOLFGANG KATZIAN
ÖGB-PRÄSIDENT**



Wenn die Corona-Pandemie eines gebracht hat, dann ist es die gesellschaftliche Erkenntnis, wie wichtig es ist, sich für ArbeitnehmerInnen und ihre Belange einzusetzen. Der Österreichische Gewerkschaftsbund macht das seit mehr als 75 Jahren. Mit seiner weitreichenden Expertise konnte er schon zu Beginn der Pandemie sehr

schnell viele Jobs retten und damit hunderttausende Menschen vor der Arbeitslosigkeit bewahren. Aber auch für jene, die ihren Job verloren haben, setzt sich der ÖGB ein. Ein ausführliches Interview mit ÖGB-Präsident Wolfgang Katzian gibt es auf Seite 10 in diesem Heft.

HERAUSGEBER Österreichischer Gewerkschaftsbund, 1020 Wien, Johann-Böhm-Platz 1 **MEDIENINHABER** Verlag des Österreichischen Gewerkschaftsbundes GmbH, 1020 Wien, Johann-Böhm-Platz 1, Tel.: 01/662 32 96-0, Fax: 01/662 32 96-39813, E-Mail: zeitschriften@oegbverlag.at, www.oegbverlag.at
HERSTELLER Walstead Leykam Druck GmbH & Co KG, 7201 Neudörfel, Bickfordstr. 21 **VERLAGSORT** Wien **HERSTELLUNGORT** Neudörfel **KAUFMÄNNISCHE LEITUNG** Christoph Höllriegel **CHEFREDAKTION** Andreas Berger **CHEF VOM DIENST** Dietmar Meister **AUTORINNEN** Corinna Bürgmann, Toumaj Faragheh, Franz Fischill, Barbara Kasper, Peter Leinfellner, Marliese Mendel; Carmen Braun (Oberösterreich); Jutta Moser-Daringer, Ursula Schupfer (Salzburg); Helena Sachers (Tirol); Sabine Rudigier, Philip Vondrak (Vorarlberg); Marcus Arige (Niederösterreich); Martin Fill (Steiermark); Michael Raunig (Kärnten); Beate Horvath (Burgenland) **ARDIREKTION** Oskar Bischof **BASISDESIGN** Nicola Skalé **COVERBILD & STORY** © Sirichai Puangsuwan – stock.adobe.com Bearbeitung: Oskar Bischof **ANZEIGEN** Thomas Aichelburg-Rumerskirch, www.brandcom.at, soli@brandcom.at. **SEKRETARIAT** Sonja Adler **LEKTORAT** Karin Flunger **REDAKTIONSADRESSE**: 1020 Wien, Johann-Böhm-Platz 1, Tel.: 01/534 44-39263, Fax: 01/534 44-39916, E-Mail: soli@oegb.at, www.oegb.at/soli **OFFENLEGUNG GEMÄSS MEDIENGESETZ, § 25**: www.soli.at/offenlegung. Für unverlangt eingesendete Manuskripte und Fotos keine Gewähr. Nachdrucke, auch auszugsweise, nur mit Zustimmung der Redaktion und mit Quellenangabe. Namentlich gekennzeichnete Artikel müssen nicht der Meinung der Redaktion entsprechen.
ZVR-Nr.: 576439352

DVR-Nr. 0046655

COVID-19-ERKRANKUNG UNBEDINGT MELDEN

Auch im Zweifelsfall Berufskrankheiten-Meldung erstatten

Über COVID-19 wissen wir nach wie vor wenig. Das ist schlecht. Für Menschen, die täglich im Beruf stehen, sogar noch schlechter. Denn bislang ist unklar, ob und welche Art von Spätfolgen für die Betroffenen entstehen können. Umso wichtiger ist es, den Unfallversicherungsträgern wie beispielsweise der AUVA (Allgemeine Unfallversicherungsanstalt) jegliche Infektion mit COVID-19 zu melden, bei der der Verdacht auf einen beruflichen Zusammenhang gegeben ist. Denn auch wenn Erkrankte jetzt als geheilt gelten, können sie, wenn eine Meldung gemacht wurde, auch Jahre später von der AUVA kontaktiert und entsprechend behandelt werden. Vor allem gilt die Meldung für Berufe im Gesundheitswesen und in Pflegeanstalten, aber auch in Unternehmen, die eine vergleichbare Gefährdung aufweisen. ■

UNFAIR: WENIGER GELD FÜR 18.000 ARBEITSLÖSE

ÖGB fordert generelle Erhöhung des Arbeitslosengeldes

Für arbeitsuchende Menschen ist die Corona-Krise eine große Belastung. Erst nach längerem Zögern hat die Bundesregierung eine Einmalzahlung für Arbeitslose in Höhe von 450 Euro beschlossen. Allerdings wurden ganze 18.000 Menschen davon ausgeschlossen, weil sie zwar arbeitslos, aber gleichzeitig krank waren oder aus anderen Gründen kein Arbeitslosengeld erhalten haben. ÖGB-Präsident Wolfgang Katzian äußerte umgehend Kritik an dieser unfairen Behandlung: „Hier werden Menschen, die es ohnehin schwer haben, auch noch dafür bestraft, wenn sie krank werden“. Daraufhin wurde die Regelung angepasst, die entstandenen finanziellen Lücken wurden allerdings nicht ausgeglichen. „Die einzig nachhaltige Lösung ist und bleibt deshalb die generelle Erhöhung des Arbeitslosengeldes auf 70 Prozent“, so der ÖGB-Präsident. ■



KORINNA SCHUMANN
ÖGB-VIZEPRÄSIDENTIN UND
-FRAUVORSITZENDE

Was wir aus dem Jahr 2020 mitnehmen

2020 war ein herausforderndes Jahr – eine Ausnahmesituation, wie wir sie alle noch nicht erlebt haben. Ganz deutlich wurde uns vor Augen geführt, wie wichtig unser Sozialstaat und ein funktionierendes Gesundheitssystem für unsere Gesellschaft sind.

Der Arbeitsmarkt wurde durch die Pandemie allerdings schwer getroffen. Als ÖGB haben wir uns mit aller Kraft dafür eingesetzt, in der Krise rasch Lösungen für alle Beschäftigten zu finden und so viele Arbeitsplätze wie möglich zu retten. Wir haben gemeinsam mit den Sozialpartnern ein wirksames Kurzarbeitsmodell ausverhandelt, den Rechtsanspruch auf Sonderbetreuungszeit durchgesetzt und Verbesserungen für Risikogruppen erwirkt. Viele Menschen sind leider trotzdem arbeitslos geworden – auch sie lassen wir nicht allein und fordern vehement die Erhöhung des Arbeitslosengeldes.

Gleichzeitig müssen wir uns jetzt wichtige Fragen stellen: Wer wird für die Folgen der Krise zahlen? Was ist uns die Arbeit der sogenannten SystemhalterInnen wirklich wert? Und wie können wir Arbeitsplätze erhalten und Menschen wieder in Arbeit bringen? Sicher ist: Wir werden uns dafür einsetzen, dass die Reichen einen gerechten Beitrag leisten, uns nicht mit Applaus für HeldInnen begnügen und weiter dafür kämpfen, dass wirklich niemand zurückgelassen wird. ■

EXKLUSIVE NEWS UND PREISVORTEILE

ÖGB-Newsletter

Jede Woche die wichtigsten News und Preisvorteile – gratis, kompakt und jederzeit kündbar.

JETZT ABONNIEREN:

www.oegb.at/newsletter



NEUES JAHR, NEUES GLÜCK

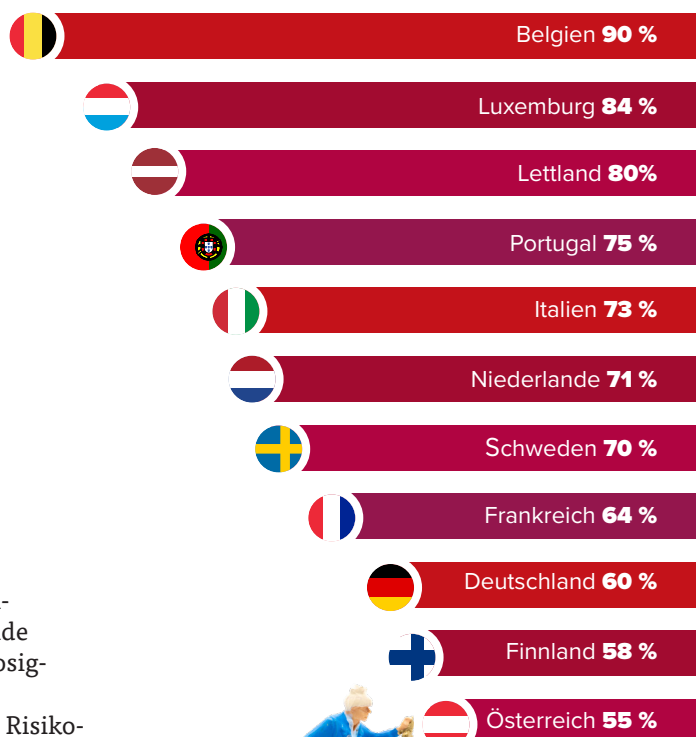
Zum Jahreswechsel ist es üblich, Neujahrsvorsätze zu fassen. Dabei hat 2021 einen klaren Startvorteil, denn viel schlimmer als im Vorjahr kann es in vielen Bereichen wohl nicht mehr kommen. Was vor uns liegt, sind große politische Herausforderungen. Die Solidarität hebt hervor, was es jetzt braucht – dabei wird schnell klar: Gute Vorsätze alleine werden nicht reichen.

TEXT Barbara Kasper



ARBEITSLOSENGELD IM VERGLEICH

Nettoersatzrate in Prozent vom letzten Lohn/Gehalt



Quelle: OECD 2019 /
Im zweiten Monat



Ein Jahr wie das vergangene hat noch niemand erlebt. Emotional belastend, wirtschaftlich und arbeitsmarktpolitisch herausfordernd, und die Gesundheit der Menschen stand mehr als sonst im Dauerfokus. Ein Jahr, in dem unser aller Leben von heute auf morgen umgekrempelt wurde und wir mit Einschränkungen leben mussten, die wir uns bis dahin nicht vorstellen konnten. Viele haben sich sehnsüchtig den Beginn des neuen Jahres herbeigewünscht, in dem alles besser werden wird. Doch bei all dem halten wir auch kurz inne und reflektieren, was trotz Krise möglich war.

Innerhalb kürzester Zeit hat der ÖGB gemeinsam mit den Sozialpartnern und der Bundesregierung ein Kurzarbeitsmodell erarbeitet, das

1,3 Millionen Menschen vor Arbeitslosigkeit geschützt hat. Dieses Modell wurde kontinuierlich weiterentwickelt und später auch an die Bedingungen des zweiten Lockdowns angepasst. Hunderttausende konnten so vor Arbeitslosigkeit bewahrt werden.

Auch der Schutz von Risikogruppen, Schutzmaßnahmen am Arbeitsplatz, Verbesserungen beim Unfallversicherungsschutz, die Aufrechterhaltung der Pendlerpauschale im Homeoffice oder der Rechtsanspruch auf Sonderbetreuungszeit waren nur aufgrund des vehementen Einsatzes von ÖGB und Gewerkschaften möglich.

Gleichzeitig hat die Pandemie klargemacht, wie wichtig der von der Gewerkschaftsbewegung immer wieder verteidigte Sozialstaat und ein funktionierendes, ausfinanziertes Gesundheitssystem für unsere Gesellschaft sind.

Gute Vorsätze reichen zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit nicht aus

Auch wenn im vergangenen Jahr also trotz Krise vieles erreicht werden konnte, bleibt für 2021 viel zu tun. Knapp eine halbe Million Menschen sind arbeitslos, rund 400.000 in Kurzarbeit und einige Unternehmen werden es leider nicht durch die Krise schaffen. Hinzu kommt, und da sind sich die ExpertInnen der Wirtschaftsforschungsinstitute WIFO und IHS einig, dass Prognosen für 2021 eine geringere wirtschaftliche

Erholung sehen als erwartet. Auch die Arbeitslosenquote von 9,4 Prozent wird nur langsam sinken. Und selbst 2022 werden die EU-Länder laut Prognosen nicht an die Wirtschaftsleistung von 2019 herankommen.

Für die Leitende ÖGB-Sekretärin Ingrid Reischl ist klar: „Bei dieser Zahl an arbeitslosen Menschen reichen weder gute Vorsätze noch Einmalzahlungen. Wir fordern eine Erhöhung des Arbeitslosengeldes auf 70 Prozent des letzten Nettoeinkommens. Denn all jene, die jetzt lange keine Arbeit finden werden, müssen vor einem finanziellen Totalabsturz bewahrt werden.“ Der ÖGB wird weiterhin für diese einfach umsetzbare, treffsichere und einzig nachhaltige Lösung eintreten. „Denn wenn acht Arbeitslose auf eine offene Stelle kommen, können nicht alle rasch wieder Beschäftigung finden. Zusätzlich würde eine Erhöhung des



Arbeitslosengeldes die Kaufkraft stärken.“

In Österreich bekommen Arbeitslose aktuell 55 Prozent vom letzten Nettoeinkommen. Das ist sehr wenig und mit durchschnittlich 960 Euro im Monat deutlich unter der Armutsgrenze von 1.259 Euro. Arbeitslose Menschen sind jetzt und waren daher auch vor der Corona-Krise stark armutsgefährdet. International gesehen liegt Österreich an letzter Stelle. Während das Arbeitslosengeld in Deutschland zumindest 60 Prozent des vorherigen Nettoeinkommens beträgt, liegt es in Schweden bei 70 Prozent, in Lettland bei 80 und in Belgien sogar bei bis zu 90 Prozent.

ÖGB-Arbeitsmarktprogramm bringt 150.000 Menschen in Beschäftigung

Zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit braucht es aber vor allem neue Jobs. ÖGB-Arbeitsmarktexperte Alexander Prischl vermisst genau das bei den Maßnahmen der Bundesregierung. „Wir haben schon im Sommer ein Arbeitsmarktprogramm entwickelt, mit dem innerhalb eines Jahres mindestens 150.000 Menschen wieder in Beschäftigung gebracht werden.“ Dazu notwendig sind effektive Sofortmaßnahmen, Investitionen in gute Arbeit, etwa durch den Bau von 30.000 Wohnungen, die Schaffung von echten Arbeitsstiftungen oder eine bessere Verteilung der Arbeitszeit, Verbesserungen bei der Altersteilzeit, ein Überbrückungsgeld bis zur Pension für ältere Arbeitslose, die keinen Job mehr finden, oder auch die Weiterentwicklung der Kurzarbeit in ein dauerhaftes Modell.

Homeoffice: gekommen, um zu bleiben

Zumindest als Alternative zum Büro für einzelne Tage wird Homeoffice für viele in Zukunft zur Regel werden.

ÖGB-Arbeitsrechtsexperte Martin Müller erklärt: „Nur weil man nicht an seinem gewohnten Arbeitsplatz ist, heißt das nicht, dass es keine Regeln gibt. Arbeitszeiten oder Ruhepausen gelten beispielsweise auch im Homeoffice.“ Wichtig sei aber, dass alle Bereiche, die das Arbeiten zu Hause betreffen, für ArbeitnehmerInnen klar geregelt sind.

Klar ist, dass Arbeitgeber ihren Angestellten Laptops zur Verfügung stellen müssen, weil es sonst schwierig wäre, die Arbeitsleitung zu erbringen. Unklar ist, in welcher Form laufende Aufwände wie Internet, Strom oder Heizung ersetzt werden müssen. „Damit Dinge wie diese für alle klar sind, verhandeln wir gerade mit den anderen Sozialpartnern und der Bundesregierung einheitliche Regeln“, berichtet der ÖGB-Experte. Ein Recht auf Homeoffice gebe es aber nicht, ArbeitnehmerInnen und Arbeitgeber müssen sich gemeinsam darauf verständigen.

Kinderbetreuungsplatz ab dem ersten Lebensjahr

Egal ob Eltern im letzten Jahr im Homeoffice waren oder ganz normal weiterarbeiten mussten – dass Kindergärten und Schulen teilweise komplett geschlossen waren, hat sie vor schwierige Herausforderungen gestellt. Das Problem ist aber nicht neu. Vor allem Kinderbetreuungsplätze für Kinder ab dem ersten Lebensjahr fehlen in Österreich. Auf Initiative der ÖGB-Frauen rund um ÖGB-Frauenvorsitzende und Vizepräsidentin Korinna Schumann fordern alle Sozialpartnerinnen und

die Industriellenvereinigung in einem gemeinsamen Papier einen Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz ab dem ersten Lebensjahr sowie ein bundeseinheitliches Rahmengesetz, um einheitliche und hohe Mindeststandards zu gewährleisten. „Wir werden nicht lockerlassen, bis diese dringenden Maßnahmen umgesetzt sind. Es muss sich etwas ändern, damit wir langfristig gut aufgestellt sind“, sagt die ÖGB-Vizepräsidentin.

„Die Leidtragenden der mangelnden Kinderbetreuung sind meist Frauen. Sie sind allerdings besser gebildet als jemals

” **Nur weil man nicht an seinem gewohnten Arbeitsplatz ist, heißt das nicht, dass es keine Regeln gibt.**

zuvor und unverzichtbar für den Arbeitsmarkt“, stellt Schumann klar. EU-Staaten investieren im Durchschnitt ein Prozent ihrer Wirtschaftsleistung in Kindergärten – Österreich hat hier massiven Nachholbedarf. Die Sozialpartnerinnen und die Industriellenvereinigung verlangen daher eine rasche Aufstockung der finanziellen Mittel und ein konkretes Finanzierungsmodell. „Auch die Wirtschaft würde massiv profitieren, denn Investitionen in den Ausbau von Kinderbetreuungs-einrichtungen sind ein Beschäftigungs- und Konjunkturmotor“, betont die Vizepräsidentin. Zudem stärken sie den ländlichen Raum, denn neben der Verfügbarkeit von attraktiven Arbeitsplätzen, insbesondere für gut gebildete Frauen, ist die bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie ein wichtiger Faktor, um Abwanderung entgegenzuwirken.

Pflegereform 2021

Eines hat die Corona-Pandemie jedem und jeder klargemacht: Ein gut funktionierendes Gesundheitssystem ist für alle wichtig – egal ob reich oder arm. Dass der wichtige Bereich der Pflege reformiert werden wird, steht auch fest. Inhaltlich, so viel wissen wir zum jetzigen Zeitpunkt, geht es bei der angekündigten Pflegereform 2021 um vier große Bereiche: Pflege- und Betreuungsangebote sowie Dienstleistungen, Arbeitsbedingungen und Ausbildung von Pflegepersonal, pflegende Angehörige und Finanzierung.

Nicht wegzuleugnen sind die enorm wachsenden Anforderungen und die Überbelastung der ArbeitnehmerInnen im Bereich der Pflege. ÖGB-Gesundheits- und Pflegeexpertin Martina Lackner warnt: „Diese Überbelastung wird den kontinuierlich steigenden Personalmangel weiter drastisch verschärfen. Die massive Aufstockung des Personals ist unumgänglich.“ Der ÖGB setzt sich daher für einen bundesweit einheitlichen Personalschlüssel ein. „Diese Zahl der Beschäftigten in den Pflegeeinrichtungen muss so hoch sein, dass sichergestellt wird, dass Menschen nicht völlig ausgelaugt werden oder sich sogar ins Burn-out arbeiten“, fordert Lackner.

Berücksichtigt werden müsse aber auch die Zeit für Aus- und Weiterbildungen sowie eine ausreichende Finanzierung. Aus Sicht des ÖGB ist eine solidarisch gestaltete und nachhaltig finanzielle Absicherung der Pflege notwendig und mit einem permanenten bundeseinheitlichen Pflege- und Betreuungsfonds möglich.

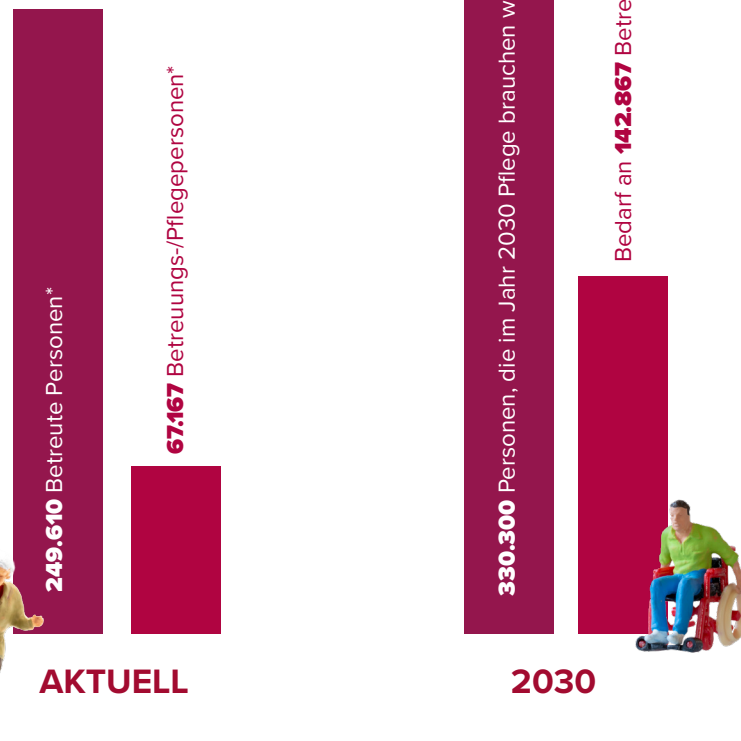
Wer zahlt die Rechnung?

Nicht nur die Vorhaben für 2021 kosten viel Geld, auch die notwendigen Hilfsmaßnahmen des vergangenen Jahres haben ein großes Loch ins Budget gerissen. Es ist also nur mehr eine Frage der Zeit bis zur Frage der Fragen: Wer zahlt diese gewaltige Rechnung? Der Verdacht liegt nahe, dass die Bundesregierung im neuen Jahr über neue Steuereinnahmen nachdenken wird. ÖGB-Volkswirt Georg Kovarik stellt klar: „Die ArbeitnehmerInnen tragen jetzt schon den Löwenanteil der Krisenkosten, während sich viele große Konzerne vor ihrer Verantwortung drücken.“ Mehr als 60 Prozent der Steuereinnahmen hängen in Österreich direkt mit Arbeitsverträgen zusammen, insgesamt sind ArbeitnehmerInnen sogar für mehr als 80 Prozent der Staatseinnahmen verantwortlich.

„Es ist offensichtlich und absolut notwendig, dass es hier mehr Gerechtigkeit geben muss, wenn man auch in Zukunft einen sozialen Staat finanzieren will“, betont Kovarik. Multinationale Konzerne verschieben jährlich knapp 40 Prozent ihrer Gewinne in Niedrigsteuerländer. Österreich verliert dadurch rund eine Milliarde an Steuereinnahmen pro Jahr. „Dass man hier mit Steuern auf Online-Giganten und Konzerne wie Amazon, Google, Starbucks und Co genauso reagieren muss wie mit Steuern auf Vermögen, darüber muss man nicht diskutieren. Über den mangelnden politischen Willen hingegen schon.“ Worüber wir mit Sicherheit auch nicht diskutieren müssen, ist die Kampfbereitschaft der Gewerkschaften. Denn 2021 steht mehr auf dem Spiel als halbherzige Neujahrsvorsätze. ■

PFLEGEBEDARF

Um den steigenden Pflegebedarf in Österreich zu decken, braucht es laut Prognose in den nächsten zehn Jahren **zusätzliche 75.700 Pflegerinnen und Betreuungspersonen.**



*Stand: 31.12.2019

**Studie: Pflegepersonal-Bedarfsprognose für Österreich von GÖG im Auftrag des Sozialministeriums

*** Prognose laut Pflegevorsorgebericht 2019

#füreinandersorgen



Wir sind in ganz Österreich für Sie da. Immer und überall.

Online auf [wienerstaetische.at](https://www.wienerstaetische.at), telefonisch und natürlich auch persönlich.

Ihre Sorgen möchten wir haben.

**WIENER
STÄDTISCHE**
VIENNA INSURANCE GROUP



ARBEITGEBER KOMMEN IHRER PFLICHT NICHT NACH!

Senkung der Lohn- und Einkommensteuer kommt bei BurgenländerInnen nicht an



Wie die Regierung im Sommer beschlossen hat, wurde der Eingangssteuersatz von 25 auf 20 Prozent gesenkt. Damit die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer von der Steuerersparnis profitieren können, sind die Unternehmen verpflichtet, bis Ende September die sogenannten Aufrollungen vorzunehmen. Dadurch wird den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in Betrieben die Steuerentlastung nachträglich ausbezahlt. Die Regelung gilt rückwirkend mit 1. Jänner 2020.

„Im Zuge der telefonischen Beratungen in den letzten Wochen haben wir erfahren, dass die Arbeitgeber oft ihrer Pflicht nicht nachkommen, die Aufrollung vorzunehmen, was die Senkung der rückwirkenden Lohnsteuer

er betrifft“, beschreibt Oliver Krumpeck, vda-Landesgeschäftsführer, das vakante Problem.

Aufrollung bei Steuerausgleich 2020 geltend machen

Viele betroffene Burgenländerinnen und Burgenländer profitieren daher nicht von der eigentlichen Steuerentlastung. Ihnen rät Krumpeck zur Kontrolle, ob eine Aufrollung stattgefunden hat. Dazu sollte man sich die Lohnzettel ab September genau ansehen, ob da ein veränderter Wert gegenüber dem Vormonat draufsteht. Oft erscheint sogar das Wort Aufrollung und ein eigens dafür ausgewiesener Geldbetrag auf dem Lohn- bzw. Gehaltszettel.

Hat der Arbeitgeber keine Aufrollung gemacht, sollten die Betroffenen ihn auf seine Pflicht hinweisen. Als letzte Möglichkeit bleibt den ArbeitnehmerInnen noch der Steuerausgleich fürs Jahr 2020. Dort kann die Steuersenkung geltend gemacht werden.

„Jetzt wird klar, dass nicht alle Betriebe die verpflichtenden Aufrollungen durchführen. Die ArbeitnehmerInnen schauen durch die Finger. Es kann sich, je nach Einkommen, um einige Hundert Euro handeln, die den Menschen so vorenthalten werden“, betont Krumpeck abschließend. ■

KOMMENTAR /// ERICH MAUERSICS, ÖGB-LANDESVORSITZENDER BURGENLAND

WER TRÄGT DIE KOSTEN DER KRISE?

Das Jahr 2020 wird uns nicht nur wegen der Jahreszahl in Erinnerung bleiben. Nach der Nationalratswahl Ende 2019 wurde uns zu Jahresbeginn ein Regierungsprogramm präsentiert, das nichts Gutes für die ArbeitnehmerInnen in diesem Land versprochen hat.

Dann kam das Coronavirus auch in Österreich an und es wurde für die HacklerInnen nicht besser. Die steigenden Infektionszahlen brachten einen 1. Lockdown für die Bevölkerung. Kurzarbeit und Förderungen für Betriebe wurden – ohne mit der Wimper zu zucken – beschlossen.

Anders sah es aus, wenn es um Maßnahmen für die arbeitenden Menschen ging, die das Land während des Lockdowns am Laufen hielten oder die ihren Job in der Krise verloren haben. Das Fazit: keine Erhöhung des Arbeitslosengeldes, ein Rechtsanspruch auf Pflegefreistellung gilt nur in bestimmten Situationen, Abschaffung der abschlagsfreien Hacklerregelung, kein Corona-Tausender und – wenn es nach Wirtschaftskammerpräsident Mahrer geht – zusätzlich zwei offene Sonntage im Handel.

Man sieht ganz klar, wo die Bun-

desregierung ihre Prioritäten setzt, nämlich bei Industriellen und großen Wirtschaftsbetrieben. Dorthin fließen Förderungen in Millionenhöhe. ArbeitnehmerInnen wurden anfangs beklatscht und besungen, jetzt überlegen die Verantwortlichen schon, wie die Kosten der Krise in Zukunft bezahlt werden sollen. Darauf kann es nur eine Antwort geben: durch Vermögens- und Erbschaftssteuern. Schauen wir mal, ob sich der kleine grüne Regierungspartner im kommenden Jahr endlich mal durchsetzen kann. ■



WIR MÜSSEN WACHSAM SEIN – UND KÄMPFERISCH!

INTERVIEW: PATRICK FISCHER



Wolfgang Katzian
ÖGB-Präsident

Was war, was ist und was sein wird: Das Coronavirus hat die Welt im Würgegriff und wird nicht so schnell lockerlassen, bevor das große Aufräumen beginnen kann. ÖGB-Präsident Wolfgang Katzian im Interview über die großen Herausforderungen in einer der schlimmsten Krisen der jüngeren Geschichte und was das für die Gewerkschaftsbewegung bedeutet.

Man will gar nicht zu genau auf 2020 zurückschauen, aber man muss. Was sticht für dich heraus?

Wolfgang Katzian: Wir waren noch nie mit einer Pandemie, einer Gesundheits- oder eine Wirtschaftskrise dieses Ausmaßes konfrontiert. Aber wie stellt man sich als Gewerkschaftsbewegung so einer Situation? Klar war für uns: Wir engagieren uns überall dort, wo es um die Lebens- und Arbeitssituation von ArbeitnehmerInnen geht, aber wo es um medizinische Entscheidungen geht, halten wir uns an die ExpertInnen.

Das hat nicht jeder so gemacht. Man könnte meinen, es gibt acht Millionen VirologInnen.

Das ist immer so, wenn ein Thema be-

sonders stark aufkocht. Das befreit die EntscheidungsträgerInnen auf verschiedenen Ebenen aber nicht davon, Entscheidungen auch treffen zu müssen, wenn es Druck gibt. Wie bei allem geht es auch hier um Interessen.

Die Frage ist nur: Wer macht sich für wessen Interessen stark?

Wir machen uns für die stark, die arbeiten gehen müssen oder zwischen Homeoffice, Homeschooling und Home-was-weiß-ich untergehen. Und auch für alle, die ihre Arbeit verlieren, damit sie nicht in Armut abgleiten, sondern eine Perspektive haben.

Welche Rolle spielt die Kurzarbeit dabei?

Wir waren praktisch das ganze Jahr in Kurzarbeitsverhandlungen, das hat viele Jobs gerettet. Am Höhepunkt waren 1,3 Millionen Menschen in Kurzarbeit; viele dieser Arbeitsplätze wären sonst weg gewesen. Da waren auch unsere MitarbeiterInnen extrem gefordert. Man muss ja nicht nur verhandeln, sondern auch 60.000 BetriebsrätInnen und PersonalvertreterInnen informieren und einbinden.

„ Der Sozialstaat ist ein Zukunftskonzept, das man erhalten und weiterentwickeln muss.

Wurde die Sozialpartnerschaft wiederbelebt?

Ich traue mich das noch nicht abschließend zu bewerten. 2020 haben wir beide Extreme erlebt: Man hat uns voll eingebunden und gemeinsam etwas vertreten, und es gab Momente, da wollte man uns nur zur Behübschung verwenden. Wenn ich Vereinbarungen treffe, dann stehe ich dazu. Darauf lege ich Wert. Aber ich verteidige nichts, wo wir nicht eingebunden waren.

Hat der Sozialstaat gezeigt, was er leisten kann?

Der Sozialstaat mit seinem Gesundheitssystem, das ist der Star der Krise. Das kann man nicht wegdiskutieren. Der Markt hat sich ja als Erster verabschiedet. Der Sozialstaat ist ein Zukunftskonzept, das man erhalten und weiterentwickeln muss. Was wäre jetzt los, hätten wir zugelassen, dass man unser Gesundheitssystem zusammenspart? Was wäre gewesen, wenn man, wie vom Rechnungshof vorgeschlagen, lockerflockig drei Milliarden eingespart hätte? Da haben wir als Gewerkschaftsbewegung vieles richtig gemacht.

Corona deckt auch schonungslos auf, was in unserem Wirtschaftssystem falsch läuft. Muss man da vieles neu überdenken? Zum Beispiel die Definition eines LeistungsträgerInnens?

Absolut. Das haben auch alle gesehen. Man darf es nur nicht wieder vergessen. Das zu verhindern, wird auch unsere Aufgabe sein. Die LeistungsträgerInnen sind nicht Topmanager, sondern die, die auch hackeln, wenn die Ansteckungs-

gefahr besonders groß ist. Das sind aber oft die am schlechtesten Bezahlten mit den schlimmsten Arbeitsbedingungen.

Ist das Kernproblem, dass der Begriff LeistungsträgerInnen über die Höhe des Einkommens statt über den gesellschaftlichen Wert der Tätigkeit definiert wird?

Das ist genau der Punkt. Speziell im ersten Lockdown haben viele gesehen und gespürt, dass es vor allem auf den Wert einer Tätigkeit ankommt und nicht darauf, was sie kostet oder was man damit verdient. Die Gesellschaft hat das plötzlich ganz anders bewertet, und das ist absolut richtig.

Was wird da noch nötig sein? Wie kann man das dauerhaft verankern?

Wir als ÖGB müssen dafür sorgen, dass das Thema in einer gesamtgesellschaftlichen Debatte präsent bleibt, die Gewerkschaften es bei den Kollektivvertragsverhandlungen einbringen. Am Ende muss das Geld dafür vorhanden sein. Und damit sind wir beim springenden Punkt: Wer soll das bezahlen? Die Ersten reden schon wieder von Sparpaketen, Mehrwertsteuererhöhungen und so weiter.

Und wer soll das bezahlen?

Ich erwarte mir einen extrem starken Beitrag großer Vermögen, aber mit klarer Verantwortung für einen Beitrag zum Staat. Wir brauchen keine Charity-Aktionen, wo einer spendet und dann vier Tage in der Zeitung ist. Wir brauchen verbindliche Abgaben. Das wird eine harte Auseinandersetzung, weil freiwillig wird nichts hergegeben. Darauf müssen wir uns vorbereiten.

Die Masse finanziert den Staat, während die Reichen sogar in der Krise reicher werden. Was läuft da falsch?

Das ist unserem Wirtschaftssystem immanent. Aber wenn sie ihren Beitrag leisten müssten, dann könnten sie

auch. Ich rede von Vermögenssteuern. Es kann ja nicht sein, dass sich manche sogar in der Krise eine goldene Nase verdienen, während andere nicht wissen, wie sie ihren Hals aus der Schlinge ziehen sollen. Es braucht Anstrengungen auf nationaler und internationaler Ebene. Es muss Geld lockergemacht werden, aber nicht auf Kosten der ArbeitnehmerInnen, sondern auf Kosten

„ Die Leistungsträger sind nicht Top-Manager, sondern die, die auch hackeln, wenn die Ansteckungsgefahr besonders groß ist.

derer, die es sich leisten können.

Schaffen letztlich die ArbeitnehmerInnen den Wohlstand, den andere dann verwalteten?

Diese riesigen Vermögen entstehen ja nicht aufgrund von Leistung, jedenfalls nicht der eigenen. Das geht gar nicht. Vermögen wird kaum untersucht. Extrem gut untersucht ist dafür die Armut – bis zum letzten Cent. Was man von großen Vermögen, die in der Hand weniger Menschen sind, weiß, ist arg genug, aber ich vermute, die Wahrheit ist noch viel ärger.

Bei Unternehmen meint die Regierung, dass 80 Prozent des Umsatzes zum Überleben nötig seien. Warum erkennt man das bei Menschen, die ihre Arbeit verloren haben, nicht an?

Genau diese Frage habe ich sowohl den Sozialpartnern als auch der Regierung gestellt. Mit der Antwort haben sich eh alle schwergetan. Es gibt ideologische Brüche, wo man glaubt, alles, was man den Arbeitslosen dauerhaft gibt, ist schlecht. Aber niemand kann sich mit Arbeitslosengeld ausruhen. Dieses Argument ist zynisch. Wir wissen auch, dass es viel mehr Arbeitslose als offene

Stellen gibt. Das „Koste es, was es wolle“ der Regierung gilt leider nicht für alle im gleichen Ausmaß.

Was bringt uns die Zukunft? Wie kommen wir zurück in eine Normalität, ohne dabei jemanden zu verlieren?

Ich hoffe auf eine gute Impf- und Teststrategie. Wenn das funktioniert, sollten wir zumindest aus der Gesundheitskrise rauskommen. Was bleibt, und ich fürchte für mindestens zwei Jahre, ist die Wirtschaftskrise mit ihren Folgen. Das heißt hohe Arbeitslosigkeit und Insolvenzen. Gleichzeitig haben wir den großen gesellschaftlichen Transformationsprozess mit Klimawandel, Digitalisierung und den damit verbundenen Veränderungen.

Wir müssen die Jobs der Zukunft finden und die Menschen dafür qualifizieren. Dazu sind Strategien nötig. Es reicht ja nicht zu sagen, es fehlen Zehntausende Menschen in der Pflege. Man muss die Leute ja auch für ihre zukünftigen Berufe ausbilden und ihnen das – auch finanziell – ermöglichen.

Auch die Schulden wird man zurückzahlen müssen.

Das ist eine große Herausforderung. Das können nicht die ArbeitnehmerInnen machen. Wir müssen so investieren, dass wir das mit Wirtschaftswachstum ausgleichen und nicht ständig Einsparungsdebatten haben. Da werden wir sehr wachsam – und ich glaube auch kampfbereit – sein müssen.

Für ein Wachstum sorgen letztlich die ArbeitnehmerInnen mit ihrer Leistung. Müssen sie daran auch teilhaben?

2020 haben viele von ihnen Geld verloren, etwa durch Arbeitslosigkeit oder Kurzarbeit. Wenn es wieder läuft, müssen sie aber auch an der Entwicklung der Wirtschaft partizipieren und nicht mit der Inflationsrate abgespeist werden. Das wird ein großer Punkt für die Kollektivvertragsverhandlungen. ■

AGRANA IN LEOPOLDSDORF VORERST GERETTET!



Vor wenigen Wochen noch schien die von der Agrana – sie erzeugt den bei VerbraucherInnen bekannten „Wiener Zucker“ – geforderte Mindestanbaufläche von 38.000 Hektar in weiter Ferne. Heuer lag die Rübenanbaufläche nach einem stetigen Rückgang über die vergangenen Jahre bei 26.000 Hektar. Zu sehr hatten die Rübenbauerinnen und -bauern zuletzt mit dem Klimawandel, Vorgaben im Pflanzenschutz und damit einhergehenden großen Ernteausfällen zu kämpfen.

ÖGB-NÖ-Vorsitzender und AK-Niederösterreich-Präsident Markus Wieser schaltete sich persönlich ein, um zusammen mit der Belegschaft den Fortbestand zu sichern. Es geht

immerhin um 150 Arbeitsplätze. Sowohl mit der Landesregierung als auch mit der Bundesregierung wurde Kontakt aufgenommen, um eine nachhaltige Lösung für den Standort und die Menschen zu erreichen. Durch die von Bundesministerin Elisabeth Köstinger präsentierte Lösung um die geforderten Anbauflächen zur Zuckerproduktion ist ein wichtiger Schritt gesetzt worden, um die Arbeitsplätze im Marchfeld und das Agrana-Werk zu erhalten. Die Agrana garantiert die Abnahme der Zuckerrüben weiter mit Verträgen, Saatgut wird bereitgestellt. Wird der erste Anbau von Schädlingen vernichtet, trägt der börsennotierte Stärke-, Frucht- und Zuckerkonzern die Saatgut-Kosten für den Wiederaufbau. „Jetzt geht es darum, langfristig die Beschäftigung und Produktion in der Region abzusichern“, betonte Markus Wieser.

Wieser hat sich gemeinsam mit den betroffenen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern für den Erhalt und die Absicherung des Standortes und der Arbeitsplätze starkgemacht: „Besonderer Dank gilt den Belegschaftsvertretern der Agrana, die seit Monaten für eine tragfähige Lösung kämpfen.“ Der ÖGB-NÖ-Vorsitzende geht davon aus, dass die heute präsentierten Maßnahmen auch zu entsprechenden Beschlüssen im Agrana-Aufsichtsrat Ende des Monats führen. „Die regionale Zuckerproduktion und die Arbeitsplätze müssen langfristig gesichert werden“, so Wieser. Wichtig wird dafür sein, dass die Unstimmigkeiten zwischen Aufsichtsrat und Geschäftsführung bald beigelegt werden und ein konkreter Sanierungs- und Vertriebsplan entwickelt wird. ■



KOMMENTAR /// CHRISTIAN FARTHOFER, ÖGB-LANDESSEKRETÄR NIEDERÖSTERREICH

ANNUS HORRIBILIS

Die Redewendung annus horribilis (schreckliches Jahr) wurde von Königin Elisabeth II. am 24. November 1992 anlässlich einer Rede zu ihrem 40. Thronjubiläum verwendet. Angeblich bezog sie sich damit auf ein Feuer in Windsor Castle vier Tage zuvor, bei dem das Schloss schwer beschädigt worden war und mehrere Kunstwerke unwiederbringlich verloren gegangen waren.

Ich musste an diesen Ausspruch im Zuge meiner Kolumne denken, die ich für Sie hier schreiben darf. Das Jahr 2020 wird für uns alle wohl für Lebzeiten ein „schreckliches Jahr“ sein.

Niemand von uns hat Derartiges erlebt, beinahe wähten wir uns gegen Krankheiten wie Corona als Industrienationen unverwundbar. Und doch müssen wir uns eingestehen, dass ein einziges Virus, das man nur mit tausendfacher Vergrößerung überhaupt sehen kann, ganze Staaten und Gesellschaften lahmlegen kann. Das lässt mich über unseren Sozialstaat nachdenken, wie stark er in dieser beispiellosen Krise dagegenhalten konnte. Wie wir aufeinander zuzugingen und jene zu schützen versuchten, für die dieses Virus den Tod bedeuten könnte. Was mich an einen Ausspruch des ehemaligen Ministerpräsidenten von Schles-

wig-Holstein Björn Engholm denken lässt, der sinngemäß sagte: „Im Norden von Deutschland müssen wir mit der Flut der Nordsee umgehen. Gewerkschaften versuchen durch den Bau von Dämmen vor der Flut zu schützen, Neoliberale versuchen der Flut Vernunft beizubringen.“ Denken wir zusammen an diesen Ausspruch, wenn vielleicht schon in wenigen Jahren eine Debatte geführt wird, ob es in Österreich zu viele Spitals- und Intensivbetten gibt. Für die letzten Tage im Jahr wünsche ich uns allen Gesundheit und möglichst viele gemeinsame Stunden im Kreise unserer Familien. ■



Nachhaltigkeit sichert unsere Vorsorge für die Zukunft



Abfertigung NEU mit der VBV-Vorsorgekasse

Verantwortungsvoll vorsorgen für eine lebenswerte Zukunft! Deshalb verlangt die VBV Ihre Beiträge nicht nur stabil und nachhaltig, sondern wirtschaftet bewusst klimaneutral bei maximaler Sicherheit und Transparenz. Seit über 18 Jahren ist die VBV Pionier für nachhaltige Veranlagung mit sozialen und ökologischen Kriterien.

Gute Ergebnisse mit gutem Gewissen erzielen wir auch mit Investitionen in Österreich. Durch unser gelebtes Vorbild bewegen wir die Finanzbranche.

Dafür wurden wir vielfach ausgezeichnet:

u.a. mit dem **Österreichischen Klimaschutzpreis** sowie dem **Staatspreis für Unternehmensqualität** und mehrfach als **Exzellentes Unternehmen Österreichs**.

Nähere Auskünfte bei Österreichs führender Vorsorgekasse: ☎ 01 217 01 8123

ÖGB-RECHTSTIPP: GEKÜNDIGT? WIR BEANTWORTEN DIE BRENNENDSTEN FRAGEN BEI JOBVERLUST

TEXT: Peter Leinfellner



Martin Müller,
ÖGB-Arbeitsrechtsexperte

Das Jahr 2020 hat die heimischen ArbeitnehmerInnen gefordert wie kaum zuvor. Die Corona-Krise samt Lockdowns hat die Arbeitswelt auf den Kopf gestellt. Zwar hat die vom ÖGB mitverhandelte Kurzarbeit am Höhepunkt der Krise mehr als 1,3 Millionen Arbeitsplätze gerettet, gleichzeitig ist aber auch eine massive Pleitewelle über das Land gerollt. Hunderttausende Menschen haben ihre Jobs verloren. Ein Szenario, das sich laut Prognosen leider auch 2021 vielfach wiederholen wird. „Eine Kündigung ist emotional und finanziell eine schwierige Angelegenheit. Da ist es wichtig, genau über seine Ansprüche Bescheid zu wissen. Wir stehen den Betroffenen zur Seite“, unterstreicht der ÖGB-Arbeitsrechtsexperte Martin Müller.

Nichts voreilig unterschreiben

Auch wenn jeder Fall anders ist und seine Besonderheiten hat, so gibt es doch eine „goldene Regel“. Wenn man vom Arbeitgeber zum Unterschreiben diverser Dokumente rund um eine Kündigung gedrängt wird, dann „auf keinen Fall unterschreiben. Man muss hinterfragen, warum es der Arbeitgeber so eilig hat“, sagt Müller. Vor jeder Unterschrift sollte man sich also unbedingt in Ruhe anschauen, worum es überhaupt geht. Es lohnt sich auf alle Fälle, mit dem Betriebsrat oder der Gewerkschaft Rücksprache zu halten. „Dafür hat man immer Zeit. Ansonsten droht die Gefahr, dass ArbeitnehmerInnen plötzlich ganz schlecht aussteigen – auch finanziell“, warnt der ÖGB-Experte.

Arten der Auflösung

Eine der häufigsten Fragen bei der Beendigung eines Arbeitsverhältnisses betrifft den Unterschied zwischen Kün-

digung, Entlassung und einvernehmlicher Auflösung. Von einer Kündigung spricht man, wenn der Arbeitgeber ein unbefristetes Arbeitsverhältnis auflöst – dabei sind aber gewisse Fristen bzw. Termine einzuhalten. Müller betont, dass „natürlich auch ArbeitnehmerInnen selbst kündigen können“. Eine Entlassung hingegen beendet das Arbeitsverhältnis sofort. Es muss dafür keine Frist eingehalten, aber ein wichtiger Grund für das Job-Aus vorgelegt werden. Und bei einer einvernehmlichen Auflösung einigen sich Arbeitgeber und ArbeitnehmerIn darauf, das Dienstverhältnis zu einem bestimmten Zeitpunkt zu beenden. Der ÖGB-Experte unterstreicht hier, dass „niemand gezwungen werden kann, einer einvernehmlichen Lösung zuzustimmen“.

Kündigung auch im Urlaub oder Krankenstand?

Anfragen gibt es auch immer wieder, ob man im Urlaub oder Krankenstand auch gekündigt werden kann. Die Antwort ist ja, erklärt Müller: „Sowohl im Krankenstand als auch im Urlaub kann eine Kündigung ausgesprochen werden. Aber auch hier müssen die entsprechenden Kündigungsfristen und Kündigungsfristen eingehalten werden. In der Probezeit, die zu Beginn des Arbeitsverhältnisses für maximal einen Monat vereinbart werden kann, ist von beiden Seiten eine Lösung ohne Angaben von Gründen und Fristen jederzeit möglich.“

Das waren nur einige Antworten auf viele Fragen in schwierigen Jobzeiten. Mehr Infos zu deinen Rechten und Ansprüchen, wenn du deinen Job verlierst, findest du auf kuendigung.oegb.at. ■

Personal-
zugang

MENSCHLICHKEIT TROTZ MASKE

BERUF(UNG): PFLERGER

Die Freude, mit und am Menschen zu arbeiten, der soziale Kontakt im Team und mit den Eltern“, das sind für Enis Smajic die wichtigsten Voraussetzungen, um in seinem Beruf sein Bestes zu geben. Smajic ist Gesundheits- und Krankenpfleger auf der Frühgeborenenstation der Universitätsklinik für Kinder- und Jugendheilkunde im AKH Wien. Familienorientierte Pflege ist in seiner Arbeit das Grundprinzip. „Wir sehen unsere PatientInnen als Einheit mit ihrer Familie, sie werden in die Pflege und Therapie miteinbezogen“, erzählt Smajic.

Bis zum 18. Lebensjahr sind an der Klinik PatientInnen in allen Lebensphasen vertreten. Ob frühgeboren, im Trotzalter oder in der Pubertät – wer im Bereich der Kinder- und Jugendheilkunde arbeitet, muss sich den unterschiedlichsten Herausforderungen stellen. Smajic: „Wir müssen erkennen, welche Bedürfnisse unsere PatientInnen haben, aber auch, welche ihre Eltern, ihre Bezugspersonen haben.“

Die Corona-Pandemie hat an der Kinderklinik einiges auf den Kopf gestellt. „Maske tragen bedeutet, dass unsere Kinder unsere Mimik nicht mehr sehen können“, erklärt Smajic. Eine weitere große Herausforderung seien auch die seit März 2020 eingeschränkten Besuchszeiten, berichtet er. „Normalerweise ist bei uns ja rund um die Uhr Besuchszeit. Eltern können auch bei ihren Kindern übernachten.“

Die Freude an seinem Beruf konnte das Virus Smajic jedoch nicht nehmen – ganz im Gegenteil. Er wünscht sich, dass möglichst viele Menschen diesen Beruf ergreifen, denn „wie überall in der Pflege brauchen wir zusätzliche Kollegen und Kolleginnen.“

Enis Smajic

Gesundheits- und Krankenpfleger auf der Frühgeborenenstation im AKH Wien

ÖGB-WEBSITE INFORMIERT GRENZ- PENDLERINNEN

Ausgangssperre, Lockdown, Kurzarbeit: All das wirft auch bei ungarischen GrenzpendlerInnen viele Fragen auf. Der ÖGB Burgenland informiert auf seiner Website www.fairwork.or.at. Projektleiter Dallos hat alle Informationen auf der Website der ungarischsprachigen Beratung online gestellt. Ein Musterformular der ungarischen Regierungs-Webseite kormany.hu wurde übersetzt und zweisprachig gestaltet. Es kann von allen GrenzpendlerInnen, die in diesem Zeitraum unterwegs sind, heruntergeladen und ausgefüllt werden. Bis jetzt wurden bereits 55.000 Zugriffe verzeichnet. Die Regelungen gelten auch für ÖsterreicherInnen, die in Ungarn tätig sind.

Das Projekt „Soziales Burgenland“ wird vom Bundesministerium für Arbeit, Familie und Jugend finanziert und bietet muttersprachliche Beratung für ungarische ArbeitnehmerInnen im Burgenland an.

SONDERBETREU- UNGSZEIT AUCH FÜR GEMEINDE BEDIENSTETE

Der von der Bundesregierung auf Drängen des ÖGB beschlossene Rechtsanspruch auf Sonderbetreuungszeit muss auch für Gemeindebedienstete gelten. Das fordert der Landesvorsitzende der younion Burgenland, Gerhard Horwath. „Ob im Gesundheitsbereich, in der Elementarpädagogik, bei Verbänden oder in der Gemeindestube: Gemeindebedienstete halten in Krisenzeiten unser Land am Laufen. Es kann nicht sein, dass Betroffene im Fall einer Kindergarten- oder Schulschließung mit dem Problem alleingelassen werden!“

ERSTMALS BETRIEBSRAT IN AKADEMIE BURGEN- LAND

Bei der erstmals durchgeführten Betriebsratswahl in der Akademie Burgenland wurde Martina Leopold einstimmig zur Betriebsrätin gewählt. Unterstützt wird die Kobersdorferin von ihrer Stellvertreterin Natalie Moser. Die Wahlbeteiligung lag bei 100 Prozent. Die Akademie Burgenland bietet als Tochter der FH Burgenland ein attraktives, inhaltlich vielfältiges und qualitativ hochwertiges Aus- und Weiterbildungsprogramm für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des öffentlichen Sektors im Burgenland an. ■



ÖGJ INFORMIERT



Gerade jetzt in der Krise ist es wichtig, mit den burgenländischen Lehrlingen in Kontakt zu bleiben und sie zu informieren. Wir klären sie zum Thema Weihnachtsgeld auf und verteilen gleichzeitig Adventskalender“, erklärt ÖGJ-Landessekretärin Ramona Pfneiszl.

Die Kampagne trägt den Titel „Ohne Gewerkschaft kein Weihnachtsgeld“ und informiert über die Sonderzahlungen. Diese gibt es, weil die zuständige Gewerkschaft sie für die jeweilige Branche in den Kollektivvertrag verhandelt hat. Das Weihnachtsgeld ist wie das Urlaubsgeld eine Sonderzahlung, die der Arbeitgeber bezahlen muss, wenn der Kollektivvertrag das vorsieht – und kein Geschenk des Arbeitgebers. Insgesamt wurden 500 Kalender an Burgenlands Lehrlinge verteilt. ■

GEWALT AN FRAUEN – NULL TOLERANZ AUCH AM ARBEITSPLATZ

Für Gewalt gegen Frauen muss es null Toleranz geben, das gilt auch für das Arbeitsleben. Jede dritte Arbeitnehmerin im Burgenland ist von Gewalt am Arbeitsplatz betroffen. Wir wollen betroffene Frauen ermutigen, das Schweigen zu brechen und einen Ausweg zu finden. Ein erster Schritt kann ein Gespräch mit dem Betriebsrat oder ein Anruf bei der Gewerkschaft sein“, erklärt ÖGB-Landesvorsitzende Hannelore Binder.



Laut einer IFES-Studie zum Thema „Gewalt am Arbeitsplatz“ geben 70 Prozent der burgenländischen Befragten an, Gewalt in verschiedener Weise beobachtet zu haben, 36 Prozent sagen, selbst von Gewalt betroffen zu sein. Die meistgenannten Gewaltformen sind Herumschreien oder Einschüchterung, Hänseleien und Verspottung, aber auch Mobbing, Rassismus oder sexuelle Belästigung. ■

ÖGB IN EUROPA: „WIR SIND VERTEIDIGER UND STÜRMER GLEICHZEITIG“

INTERVIEW: Litsa Kalaitzis

Was es für den Wiederaufbau Europas braucht und was gegen Ausbeutung unternommen werden muss, erklärt Experte Oliver Röpke im Interview. Er ist ArbeitnehmerInnen-Präsident im Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss (EWSA) und Leiter des ÖGB-Büros in Brüssel.

Das Krisenjahr 2020 hat die Arbeitswelt auf den Kopf gestellt. Was unternimmt die EU, um die Auswirkungen abfedern zu können?

Die EU hat in der Corona-Krise viel besser reagiert als in der letzten Finanzkrise. Damals wurde auf den Sparzielen beharrt, die sogenannte „Troika“ hat Lohnkürzungen erzwungen. Jetzt wird versucht, den Mitgliedstaaten unter die Arme zu greifen. Das Vorgehen entspricht jetzt auch den Forderungen von ÖGB und Europäischem Gewerkschaftsbund (EGB). Investitionen in die Realwirtschaft werden forciert, die Menschen sollen in Beschäftigung bleiben und der Fokus vieler Maßnahmen liegt auf dem grünen und digitalen Wandel. Der kann nur funktionieren, wenn er sozial gestaltet wird. Ein wichtiger Schritt ist auch die im Frühjahr auf den Weg gebrachte Initiative SURE: Das 100 Milliarden Euro starke Darlehenspaket bietet den Mitgliedstaaten Unterstützung, um Kurzarbeitsmodelle zu finanzieren und Kündigungen so weit wie möglich zu vermeiden.

Sind die Maßnahmen treffsicher, geht es schnell genug?

Nachdem Ungarn und Polen ihren Widerstand aufgegeben haben, muss es nun schnell eine Einigung über das Wiederaufbau-Budget geben. Der ÖGB unterstützt diesbezüglich, wie viele Gewerkschaften Europas, die Linie des Europäischen Parlaments: Wir fordern schon lange, dass die EU nicht nur Druck bei der nationalen Budgetdisziplin ausübt, sondern auch dann, wenn es um soziale Zielsetzungen geht. Dass die Wiederaufbauhilfen an den Respekt rechtsstaatlicher Prinzipien geknüpft werden sollen, ist ein wichtiger Schritt in die richtige Richtung.

Welche Rolle nimmt der ÖGB auf diesem internationalen Spielfeld ein?

Wenn ich es mit einem Ausflug in die Fußballwelt beschreiben darf: Wir sind Verteidiger und Stürmer gleichzeitig. Wir schützen ArbeitnehmerInnen-Rechte und kämpfen für Verbesserungen. Dabei kommt uns die starke Einbindung in



den EGB und in den EWSA, wo ich für eine weitere Periode zum Präsidenten der ArbeitnehmerInnen-Vertreter gewählt wurde, zugute. Last, but not least: Das System der österreichischen Sozialpartnerschaft ist trotz manchmal auftretender Schwierigkeiten Vorbild für die anderen Mitgliedstaaten. Die starke Einbindung in die nationale Gesetzgebung spiegelt sich auch auf EU-Ebene wider.

Welche Projekte sind für das Jahr 2021 die wichtigsten?

Da gibt es eine ganze Reihe: Die Umsetzung der von Jean-Claude Juncker ins Leben gerufenen „Säule sozialer Rechte“ nimmt zunehmend Gestalt an. Sie muss aber konkrete Verbesserungen für ArbeitnehmerInnen bringen, denn schöne Papiere haben wir schon genug. Wir werden uns intensiv in die Gestaltung der Richtlinie für die EU-Mindestlöhne einbringen und die Forderung nach Mindeststandards auch für die Arbeitslosenversicherung in der EU vorantreiben. Eine EWSA-Studie beweist, dass höhere europäische Standards beim Arbeitslosengeld das BIP steigern und die Arbeitslosenrate senken können. Diese wirtschaftliche Stabilität wäre gerade angesichts der Corona-Auswirkungen notwendig.

Wir habe gerade gemeinsam mit dem EGB eine Kampagne zum sogenannten Lieferkettengesetz gestartet. Die Mindeststandards für ArbeitnehmerInnen- und Umweltschutz müssen sich über die ganze Lieferkette erstrecken – dafür braucht es klare Regeln und Gesetze. Unternehmen, die in ihren Heimatländern manchmal als vorbildliche Arbeitgeber gelten, arbeiten mit ausbeuterischen Zulieferbetrieben zusammen, die grundlegende Menschenrechte missachten. Das wollen wir gemeinsam mit anderen Gewerkschaften ändern. Wir wollen ein gutes Leben für alle – in Europa genauso wie außerhalb Europas. ■

Oliver Röpke ist ArbeitnehmerInnen-Präsident im Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss (EWSA) und Leiter des ÖGB-Büros in Brüssel.



ANDERE REDEN, WIR HANDELN



Nach der landesweiten Ausrollung der umgesetzten Corona-Schnelltests von AK Niederösterreich und WKNÖ liegt nun eine erste Bilanz vor. Im November wurden insgesamt 3.390 Schnelltestungen von symptomlosen Personen durchgeführt, 21 Personen davon wurden positiv getestet. Das entspricht 0,62 Prozent. Am Donnerstag wurde in Hollabrunn die 3. Teststraße eröffnet. „Das ist ein weiterer Schritt für mehr Sicherheit und Planbarkeit für ArbeitnehmerInnen und Unternehmen“, so ÖGB-NÖ-Vorsitzender und AK-Niederösterreich-Präsident Markus Wieser. 146 Unternehmen haben das Angebot von Arbeiterkammer und Wirt-

schaftskammer Niederösterreich im November in Anspruch genommen, die ArbeitnehmerInnen an den Teststraßen in Ybbs und Pottschach freiwillig testen zu lassen. Mit der neuen Teststraße in Hollabrunn wird nun ein zusätzlicher Standort umgesetzt. „Die ArbeitnehmerInnen haben dadurch bestmögliche Sicherheit, ob ein Verdachtsfall vorliegt“, sagt Wieser. Durch die rasche Abklärung wird sichergestellt, dass ein Betrieb mit so wenig Beeinträchtigungen wie möglich weitergeführt werden kann. Mit der landesweiten Ausrollung der Schnelltests wurde auch das Angebot von Pop-up-Teststraßen in Niederösterreich geschaffen: Betriebe in einer Region können sich zusammenschließen und gemeinsam eine Teststraße einrichten lassen. Das gilt insbesondere für Firmen, die weniger als 100 ArbeitnehmerInnen haben. Im November haben 24 Unternehmen diese Möglichkeit wahrgenommen.

Testergebnis nach 15 Minuten - Abwicklung durch das AMZ

Die zentrale Abwicklung (Anmeldung und Auskunft) für die Tests erfolgt über die neue Webseite

www.schnelltest-noe.at. Es wird geklärt, ob die Testung von einem mobilen Testteam oder in einer der Teststraßen durchgeführt wird. Bei den freiwilligen Tests erhalten die ArbeitnehmerInnen nach 15 Minuten ein Ergebnis. Liegt ein Verdachtsfall vor, ist ein zusätzlicher PCR-Test zur genaueren Abklärung notwendig. ■

Mit der operativen Umsetzung ist das AMZ Arbeits- und Sozialmedizinische Zentrum Mödling Gesellschaft m.b.H. betraut, das regional auf breiter Ebene mit Partner-Institutionen zusammenarbeitet. Insgesamt sind für diese Schnelltest-Initiative der niederösterreichischen Sozialpartner fünf Millionen Euro an Investitionen vorgesehen. Das Projekt wird laufend evaluiert. „Das Test-Kontingent soll so vielen ArbeitnehmerInnen und Unternehmen wie möglich zugutekommen“, betont Wieser. Die niederösterreichischen Sozialpartner waren damit bundesweit die Ersten, die so breit und kostenlos Teststraßen einrichteten.

Für Markus Wieser zeigt sich damit einmal mehr, dass Schweigen und rasches Handeln mehr wert sind als unausgeregorene Ankündigungen. ■

NÖ SÜD

Am 21. und 22. Oktober fand die ÖGB-NÖ-Süd-Regionalvorstandstagung in Hirschwang statt. Alle Vorschriften für eine sichere Tagung wurden eingehalten und eine Vielzahl von interessanten Diskussionen fand statt. Rudolf Silvan gab als Nationalratsabgeordneter einen Überblick über die allgemeine politische Lage und als Landesgeschäftsführer der Gewerkschaft Bau-Holz referierte er zum derzeitigen Zustand der österreichischen Sozialversicherungen.

Den zweiten Gastvortrag hielt Veronika Bohrn Mena, Arbeitsmarktexpertin der GPA. In ihrem aktuellen Buch mit dem Titel „Unsicherheit am Arbeitsmarkt“ geht sie sehr explizit auf die Corona-Krise ein und wie diese sich auswirkt. Eine ihrer Erkenntnisse lautet, dass es zu einer tieferen Spaltung am Arbeitsmarkt kommt. ■

ÖGJ NÖ

Pascal Repetschnig ist 20 Jahre alt, Betriebssekreteriker und seit einem Jahr Jugendvertrauensrat-Vorsitzender in der Firma Egger Group in St. Pölten. Für sein großartiges Engagement und den Einsatz für seine KollegInnen wurde er jetzt mit dem JVR-Award der Österreichischen Gewerkschaftsjugend bei der Jugendvertrauensrätekonferenz in Wien ausgezeichnet. Wir gratulieren Pascal dazu sehr herzlich, wünschen ihm für die Zukunft weiterhin alles Gute und selbstverständlich weiterhin viel Freude für sein Engagement als Jugendvertrauensrat! ■

REGION THERMENREGION / WIENERWALD

Die Pandemie verlangt auch von der Gewerkschaftsschule eine Anpassung beim

Vermitteln von Inhalten. Unter dem Motto „Gewerkschaftsschule goes online“ wurde z. B. eine Webdiskussion mit Oliver Röpke (Leiter des ÖGB-Europabüros) und Evelyn Regner (Mitglied des Europaparlaments) organisiert. Die schon traditionelle Reise nach Brüssel musste ja dieses Jahr Corona-bedingt ausfallen, aber wir wollten den TeilnehmerInnen unbedingt den Dialog mit diesen hochrangigen Persönlichkeiten ermöglichen. Nachdem sich nun immer mehr Kommunikation ins Internet verlagert, wurde auch eine Zusatzinheit Medienkompetenz für die Gewerkschaftsschulen organisiert. Den KollegInnen wurden verschiedene Kommunikationstools für die gewerkschaftliche Arbeit vorgestellt und sie wurden darin geschult, wie man Fake News erkennt und damit umgeht. ■



HERHÖREN! HAST DU SCHON DEN ÖGB-PODCAST ABONNIERT?

TEXT: Peter Leinfellner

Wusstest du, dass es Gewerkschaft auch zum Mitnehmen gibt? Oder wie man heutzutage sagt: „to-go“? Ja! Den ÖGB kannst du jetzt ganz leicht in die Tasche stecken und rund um die Uhr, also wann immer du willst, auch hören. Und zwar mit unserem Podcast „Nachgehört Vorge-dacht“. Seit Mai des vergangenen Jahres liefern wir alle zwei Wochen eine neue Folge zu einem Thema, das die ArbeitnehmerInnen in Österreich bewegt.

Schon reingehört?

Futter für die Ohren gibt es mittlerweile ausreichend – 17 Folgen des ÖGB-Podcasts sind aktuell abrufbar. Eine Folge dreht sich etwa um das Kriseninstrument Corona-Kurzarbeit. Binnen weniger Tage wurde das Erfolgsmodell ja quasi aus dem Boden gestampft – einer, der bei den Verhandlungen mit dabei war, ist Albert Scheiblauner, Sekretär für Kollektivvertrag und Recht in der Gewerkschaft Bau-Holz. Er gibt uns einen exklusiven Blick hinter die Kulissen und erzählt uns, was sich bei den Verhandlungen zu den Kurzarbeitspaketen wirklich abgespielt hat. Außerdem klären wir, warum das österreichische Kurzarbeitsmodell im Europa-Vergleich besonders heraussticht.

Am Puls der Zeit

Arbeitest du gerade im Homeoffice? Dann ist die „Nachgehört Vorge-dacht“-Folge „Arbeitsplatz Wohnung“ perfekt für dich. Wir denken vor, welche klaren Schranken Arbeiten zu Hause haben muss, was es braucht, damit das eigene Heim für Frauen in Zukunft nicht mehr das schlechtere Büro ist, und warum es keine gute Idee ist, am Strand in Italien Homeoffice zu machen.

Weniger bringt mehr

Ob im Homeoffice oder am gewohnten Arbeitsort – weniger arbeiten würden wir wohl alle gern. Und das sollten wir auch! Warum? Die besten Argumente liefern wir in der Folge „Kürzere Arbeitszeiten – mehr Lebensqualität“. Weniger arbeiten schafft tatsächlich mehr Jobs, steigert unsere Produktivität und Zufriedenheit und die Luft wird auch besser. Das sieht auch ein oberösterreichisches Unternehmen so – in einem Exklusivinterview im Podcast verrät uns der Geschäftsführer, warum die Arbeitszeitverkürzung in seinem Unternehmen „die beste Entscheidung war, die wir je getroffen haben“.

Keine Folge verpassen

Das sind nur drei Beispiele dafür, was dich bei „Nachgehört Vorge-dacht“ erwartet. Jede Folge ist rund 25 Minuten lang und du kannst sie ganz leicht und bequem hören – etwa auf deinem Handy. Wenn du z. B. Spotify-Mitglied bist, dann öffne einfach die App, gib im Suchfeld „Nachgehört Vorge-dacht“ ein und los geht's! Abgesehen von Spotify sind wir auf sämtlichen anderen Podcast-Apps ebenfalls zu finden. Wir würden uns freuen, wenn du uns abonnierst und gut bewertest. Du findest uns übrigens auch unter der Internetadresse podcast.oegb.at – wir hören uns! ■

podcast.oegb.at



WISSEN MACHT STARK

DIE BILDUNGSANGEBOTE IM NEUEN JAHR

Die Angebote des Verbandes Österreichischer Gewerkschaftlicher Bildung, kurz VÖGB genannt, und der Arbeiterkammer sind der beste Weg, um sich jetzt weiterzubilden. Um genau das Wissen zu bekommen, das man möchte, kann man sich sein eigenes, persönliches Kursprogramm zusammenstellen. Die besten jetzt noch verfügbaren Top-Angebote fürs erste Halbjahr gibt's online unter: voegb.at

Auch für BelegschaftsvertreterInnen und Vertrauenspersonen werden heuer wieder spezielle Kurse angeboten, unter anderem auch der Lehrgang für AufsichtsrätInnen.

Lernen, von wo ich will

Bei den Online-Kursen ist man natürlich örtlich flexibel. Egal ob im Büro oder zu Hause, man braucht nur Computer, Mikro, Kamera und eine stabile Internetverbindung – und schon kann es losgehen.

Die aktuellsten Infos zu Kursen und Seminaren gibt's kostenlos mit dem Newsletter des VÖGB. Jetzt gleich anmelden unter: voegb.at/newsletter ■

Seminarvoraussetzungen, Empfehlungen oder Literaturtipps gibt es direkt bei den Kursangeboten!

SPIELE VON PIATNIK: JETZT GEWINNEN!

Pencil Nose: Mit Begriffskarten und einer speziellen Zeichenbrille mit aufgestecktem Stift geht's los. Gezeichnet wird mit der „Nase“ auf einem transparenten Zeichenbrett. Die MitspielerInnen müssen erraten, welcher Begriff gesucht wird. Eine Sanduhr gibt dabei die Zeit vor.

Vampire Party: Ein Würfelspiel, welches viel Geschick und Mut erfordert. Gesammelt werden müssen Orangen-Spalten für die Party um Mitternacht. Nimmt man den gefährlicheren kurzen Weg durch die Küche oder den sicheren längeren Weg durch den Schlossgarten?

VERLOST WERDEN DIE SPIELE MITTELS GEWINNSPIEL AUF SEITE 23 IN DIESER AUSGABE. EINFACH MITMACHEN UND MIT ETWAS GLÜCK GEWINNEN!



TICKETS, TICKETS, TICKETS

Neues Jahr, neue Chance: Viele können es kaum erwarten, endlich wieder Kultur genießen zu können. Aktuelle Termine für heuer und auch schon für 2022 sowie alle ermäßigten Ticketpreise für Mitglieder gibt's online unter: kartenstelle.oegb.at ■

BILDUNG GIBT'S AUCH IM NEUEN JAHR GRATIS

Ob soziale Kompetenz, Umwelt, Arbeit oder Wirtschaft: Die Skripten-Reihe des VÖGB ist die optimale Vorbereitung für einen Kurs oder Lehrgang. Auch als VÖGB-Skriptenkiosk im App Store und Google Play Store verfügbar. voegb.at/skripten ■

PREISVORTEILE FÜR MITGLIEDER

Der nächste Urlaub kommt bestimmt! Mit den Card-Angeboten kann man bares Geld sparen. Aktuelle Preisvorteile für Mitglieder gibt's jede Woche im ÖGB-Newsletter (Anmeldung auf Seite 3) oder jetzt online unter: preisvorteil.oegb.at ■



Österreichischer
Gewerkschaftsbund
Kartenstelle



NEUE STUDIE: MIT BETRIEBSRÄTINNEN BESSER DURCH DIE KRISE

TEXT: Peter Leinfellner

Der heimische Arbeitsmarkt leidet massiv unter den Folgen der Corona-Pandemie. In vielen Bereichen hat die Wirtschaft im vergangenen Jahr eine Vollbremsung hingelegt. Auf eines war jedoch Verlass: BetriebsrätInnen, die mit ganzer Kraft für ihre KollegInnen im Einsatz waren. Und es hat sich gezeigt: Betriebe und Unternehmen mit BetriebsrätInnen waren und sind in dieser Krisensituation eindeutig besser aufgestellt. Das zeigt eine aktuelle Studie des Meinungsforschungsinstituts IFES.

Fast 1.900 BetriebsrätInnen wurden befragt, was ihre Unternehmen unternommen haben, um der Ausnahmesituation entgegenzuwirken, wie sie die Zukunft ihrer Betriebe einschätzen und welche Probleme sie auf ihren Betrieb und ihre Tätigkeit als ArbeitnehmerInnenvertretung zukommen sehen.

Kurzarbeit hoch im Kurs

Auch wenn die Corona-Krise die Arbeitswelt schwer erschüttert hat, so konnten viele Firmen die Ausnahmesituation bis dato gut meistern. In sechs von zehn Betrieben kommt die von den Sozialpartnern rasch und unbürokratisch verhandelte Corona-Kurzarbeit zur Anwendung, berichten die BetriebsrätInnen. Neben Kurzarbeit haben viele Firmen auch auf Homeoffice und den Abbau von Urlaub oder Gutstunden gesetzt, um die Krise zu meistern.

Know-how des Betriebsrats gefragt

Besonders erfreulich: Damit die Maßnahmen zur Krisenbewältigung reibungslos umgesetzt werden können, war die Unterstützung der BetriebsrätInnen gefragt. Acht von zehn sagen, dass sie gut in die Entscheidungen ihrer Unternehmen

eingebunden waren. Lohn- und Arbeitszeitkürzungen konnten so großflächig verhindert werden. Unbestritten ist daher für den Leitenden Sekretär im ÖGB, Willi Mernyi, dass

auch daran liegen, dass viele Beschäftigte im Homeoffice von ihren KollegInnen räumlich getrennt waren und diese Situation für sie belastend war.



„Unternehmen mit Betriebsrat bisher gut durch die Krise gekommen sind. Gelebte Sozialpartnerschaft im Betrieb ist ein krisensicheres Zukunftsmodell. BetriebsrätInnen können gemeinsam schnell, unbürokratisch und unkompliziert Probleme lösen und den KollegInnen helfen.“

Arbeitsdruck steigt, Arbeitsklima fällt

Die IFES-Studie bringt jedoch auch ans Tageslicht, in welchen Bereichen die Pandemie unseren Arbeitsalltag negativ verändert hat. Vier von zehn BetriebsrätInnen sagen, der Arbeitsdruck sei gestiegen und in vielen Betrieben sei auch das Arbeitsklima schlechter geworden. Das könnte

Zukunft gemeinsam meistern

Dass die Krise uns alle noch weiter begleiten wird, steht für die befragten BetriebsrätInnen außer Zweifel. Themen wie Einsparungen, Umstrukturierungen und Stopp bei Investitionen oder Weiterbildungen bleiben auf dem Tapet. Daher gilt es jetzt mehr denn je, an einem Strang zu ziehen, ist Willi Mernyi überzeugt: „Angesichts dieser Befürchtungen der BetriebsrätInnen ist es umso wichtiger, dass die Zusammenarbeit zwischen Betriebsrat und Geschäftsführung weiterhin bestens funktioniert.“

Tipp: Die ganze Studie auf [soli.at](https://www.soli.at) nachlesen.

BUCHTIPP: „LEISTUNGSKLASSE“

Frauen sind einiges gewohnt: Mehrfachbelastung, Teilzeitarbeit, weniger Pension – und, dass jeder kleine Fortschritt mühsam erkämpft werden muss(te). Während der Corona-Pandemie erhöhten sich die Strapazen noch durch Homeschooling und Homeoffice. Das Ergebnis: blanke Wut, totale Erschöpfung und Angst. Denn viele Frauen fühlen sich seit Beginn der Corona-Pandemie von der Regierung schlichtweg verarscht.

Zu diesem Schluss kommt Veronika Bohrn Mena in ihrem neuen Buch „Leistungsklasse“, in dem sie die Lebenssituation der von ihr interviewten Frauen aufzeigt. Wie die der „Familienerhalterin“, die vier Jobs hat, um ihre vier Kinder über Wasser hal-

ten zu können, und die wegen bürokratischer Spitzfindigkeiten um jede Corona-bedingte Förderung umgefallen ist.

Die „Einzelkämpferin“ hingegen muss täglich Überstunden machen. Sie ist eine von 228.000 Kassiererinnen und Regelbetreuerinnen, von denen 91 Prozent am Samstag arbeiten müssen und dafür ein durchschnittliches Nettoeinkommen von 1.258 Euro monatlich erhalten.

Die Autorin verwebt die Lebenssituation der interviewten Frauen mit Zahlen und Fakten und zeigt auch Lösungsmöglichkeiten auf – damit Frauen für ihre systemrelevante Arbeit endlich die adäquate Entlohnung und Unterstützung bekommen. Jetzt online bestellen auf: besserewelt.at ■



Veronika Bohrn Mena

Leistungsklasse

Wie Frauen uns unbedankt und unerkannt durch alle Krisen tragen

ÖGB Verlag

ISBN: 978-3-99046-473-1

Erschienen 2020

179 Seiten

19,90 Euro

EINFACH, TRADITIONELL UND KÖSTLICH: STEIRISCHE STOSUPPE



ZUTATEN:

- » ½ LITER SAURE MILCH
- » 50 G UNIVERSAL-MEHL
- » ¼ LITER WASSER
- » 3–4 TL SUPPENWÜRZE
- » 1 TL GEMAHLENER KÜMMEL
- » ¾ LITER SAUERRAHM
- » 500 G ERDÄPFEL
- » KNOBLAUCH NACH GESCHMACK
- » EVENTUELL SCHWARZBROT
- » ZUCKER

Früher war dieses herrlich einfache Gericht ein sogenanntes „Arme-Leute-Essen“ – oft ein verlässliches Zeichen für hervorragendes Essen ohne Schnickschnack. Vor allem steirische und niederösterreichische Bauern stärkten sich damit für die harten Tage. Heute stolpert man leider kaum noch darüber. Schnell zubereitet und günstig ist die Stosuppe, eine wunderbar traditionelle, nahrhafte und köstliche vegetarische Speise.

So einfach geht's: Die Erdäpfel kochen, schälen, würfeln und wegstellen. Einen Achtelliter Wasser mit dem Mehl vermischen und den Kümmel und die Suppenwürze einrühren. Dann einen weiteren Achtelliter Wasser zum Kochen bringen, die Mehl-Wasser-Mischung unterrühren und gemeinsam aufkochen lassen. Die saure Milch und den Sauerrahm einrühren und vom Herd nehmen, wenn die Suppe heiß ist. Nach Lust und Laune mit Knoblauch würzen und eventuell mit etwas Zucker süßen.

Vor dem Servieren die Erdäpfelwürfel in die Suppe geben. Optional noch geröstete Schwarzbrotwürfel drüberstreuen.



Perfekt für Sport und Freizeit

Bestellen leicht gemacht! bestellung@personalshop.com

0 512 / 34 33 44 FAX 0 512 / 34 33 44-400

25% Rabatt auf ALLES erhalten Sie auf www.personalshop.com



25% Neukunden-Rabatt auf ALLE Artikel!

SO SPAREN SIE 25%:

1. Loggen Sie sich mit Ihrem PIN-Code **A30300** im Shop ein.
2. Ihr 25% Rabatt wird automatisch bei allen Artikeln berücksichtigt.
3. Schicken Sie Ihre Bestellung ab!

Widerrufsrecht: Sie haben das Recht, 14 Tage lang ohne Angabe von Gründen diesen Vertrag gegenüber der Servus Handels- und Verlags-GmbH schriftlich, telefonisch, per Fax oder per E-Mail an A-6404 Polling in Tirol, Gewerbezone 16, Tel: 0 512 / 34 33 44, Fax: 0 512 / 34 33 44-400, office@personalshop.com, zu widerrufen. Die Widerrufsfrist beginnt ab dem Tag, an dem Sie die Waren in Besitz genommen haben. Senden Sie uns die Ware spätestens 14 Tage nach Ihrem Widerruf zurück. Wir gewähren Ihnen neben dem gesetzlichen Widerrufsrecht eine freiwillige Rückgabegarantie von insgesamt 30 Tagen ab Erhalt der Ware, sofern die Ware sich in ungebrauchtem und unbeschädigtem Zustand befindet. Impressum: Servus Handels- und Verlags-GmbH, Gewerbezone 16, A-6404 Polling in Tirol.

5-Sterne-Personalshop-Garantie

- ★ 2 Jahre Garantie ohne „Wenn und Aber“
- ★ Schnelle Lieferung
- ★ Höchster Qualitätsstandard
- ★ Bestpreis-Garantie
- ★ 30-tägiges Umtausch- und Rückgaberecht**

Gleich einsenden an: Servus Handels- und Verlagsgesellschaft m.b.H. Postfach 2, A-6050 Hall in Tirol

* Stappreise beziehen sich auf unverbindliche Preisempfehlung des Herstellers (UVP). Solange der Vorrat reicht.

** Detaillierte Angaben zum Rücktrittsrecht und Informationen zum Datenschutz finden Sie auf: www.personalshop.com

BESTELLSCHEIN A30300 mit 30 Tage Rückgaberecht

Menge	Art.-Nr.	Größe	Artikelbezeichnung	NEUKUNDEN- PREIS
	62.155.941		Nordcap Herren Thermohose	€ 29,99
	62.155.952		Nordcap Damen Thermohose	€ 29,99

Absender (Bitte deutlich ausfüllen): Frau Herr

Bearbeitungs- und Versandkostenanteil € 5,99

Name, Vorname: _____

Straße / Nr.: _____

PLZ / Ort: _____

Geb. Datum: _____ E-Mail: _____

Wir verwenden Ihre E-Mail-Adresse, um Sie über Aktionsangebote zu informieren. Dem können Sie jederzeit widersprechen.

Thermohose: wasser- und windabweisend!



2 schräg gesetzte Taschen vorne

1 Gesäßtasche



1 Oberschenkeltasche

Für Damen

Für Herren

Innenfutter mit optimalem Wärmerückhalt

UVP*-Preis 99,-
Personalshop-Preis 39,99
**NEUKUNDEN-
PREIS**
€ 29,99
Sie sparen € 69,01 gegenüber dem UVP*

Herren Thermohose anthrazit Art.-Nr. 62.155.941

Damen Thermohose anthrazit Art.-Nr. 62.155.952

Damenmodell

Damen-Größe = Bestellgröße	19	20	21	22	23	24	25
Kurzgröße	19	20	21	22	23	24	25
Bundweite in cm	80	84	88	92	96	100	104
Normgröße	36	38	40	42	44	46	48
Bundweite in cm	76	80	84	88	92	96	100

Herrenmodell

Herren-Größe = Bestellgröße	25	26	27	28	29	30
Kurzgröße	25	26	27	28	29	30
Bundweite in cm	91	95	99	103	107	111
Normgröße	48	50	52	54	56	58
Bundweite in cm	85	89	93	97	101	105

- Wasser- und winddichtes Thermogewebe aus 100% Polyester
- Äußere atmungsaktive Ripstop-Gewebesicht
- Allround-Thermohosen für multifunktionalen Einsatz
- 4 Taschen mit robustem Reißverschluss und farblich abgesetzten Zipper-Pullern



Ein Ersuchen des Verlages an den/die BriefträgerIn:
Falls Sie diese Zeitschrift nicht zustellen können, teilen Sie uns bitte hier den Grund und gegebenenfalls die neue oder richtige Anschrift mit

Straße/Gasse _____ Haus-Nr./Stiege/Stock/Tür _____

Postleitzahl _____ Ort _____

Besten Dank